

FDP Hamburg

Wahlprüfstein 2019009

Absender / Institution: Landeselternausschuss Kindertagesbetreuung

Themenschwerpunkt: Familie / Bildung

Zuständiger Listenkandidat: Daniel Oetzel

Kitaentwicklung, Elternbeiträge, Fachkräftemangel

Welche Ideen haben Sie, dem immer größeren Bedarf an wohnortnahen Kitaplätzen in unserer wachsenden Stadt kurzfristig zu begegnen?

Antwort:

Für Eltern in Hamburg wird es in vielen Teilen der Stadt zunehmend schwer, für den Bedarfszeitraum einen wohnortnahen Kita-Platz zu finden. Der vorhandene Bedarf muss effektiver erhoben werden, um den Anbietern von Kindertagesbetreuung eine gute Grundlage für die Entscheidungsfindung zu geben, an welchen Orten neue Einrichtungen entstehen sollen. Gerade in bestehenden Quartieren kann es schwer sein, geeignete Standorte für eine Kita zu finden, zum Beispiel, weil es keine Möglichkeit gibt, eine ausreichende Außenfläche in bereits verdichteten Nachbarschaften zu realisieren. Statt einer formelhaften Standardvorgabe kann in solchen Fällen auch eine Genehmigung nach einem Punktesystem möglich sein. Für neue Quartiere soll gelten, dass ein bedarfsgerechtes Kita-Angebot integraler Bestandteil der Gesamtplanung ist.

Wie werden Sie die Betreuung von Kindern mit besonderem Förderbedarf oder Migrationshintergrund unterstützen?

Antwort:

Vor der Einschulung sollen alle Kinder mit Sprachdefiziten die Möglichkeit zum Erlernen der deutschen Sprache erhalten. Nur so ist ein erfolgreicher und gleichberechtigter Start ins Schulleben möglich. Das Bundes-Programm "Sprach-Kitas" setzt hier gezielt an. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Träger über das Jahr 2020 hinaus Planungssicherheit bekommen.

Darüber hinaus unterstützt die Freie und Hansestadt Hamburg mit dem Programm Kita-Plus, Kitas, die aufgrund der sozialen oder kulturellen Heterogenität in ihren Einrichtungen besonders herausgefordert sind. Diese Unterstützung wollen wir fortführen.

Wo sehen Sie den dringendsten Handlungsbedarf, um die bestehenden Fachkräfte in Hamburgs Kitas zu halten?

Antwort:

Wir wollen ausgebildete Fachkräfte in den Hamburger Kitas durch eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels halten. Fortbildungen, Krankheit, Urlaub und mittelbare Pädagogik müssen künftig vollständig im Betreuungsschlüssel abgebildet werden. Unser langfristiges Ziel der Fachkraft-Kind-Relation in der Krippe beträgt 1:4 nach den Kriterien der Bertelsmann-Studie. Ferner setzen wir Freien Demokraten uns für eine angemessene Bezahlung der Fachkräfte ein.

Zudem wollen wir durch folgende Maßnahmen einen offenen Blick auf die tatsächliche Betreuungssituation vor Ort legen und dadurch die Basis für eine ehrliche und schrittweise Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation legen. Dies wollen wir erreichen, indem wir

- die Erzieherausbildung reformieren und attraktiver machen, zum Beispiel durch die Erarbeitung einer dualen Ausbildung mit angemessener Vergütung,
- die Anwerbung ausgebildeter Fachkräfte mit ausreichenden Sprachkenntnissen aus dem Ausland erleichtern, zum Beispiel durch eine Aufnahme des Erzieherberufs auf die Positivliste der Bundesagentur für Arbeit,
- Quereinsteigern eine praxisorientierte Ausbildung zur sozialpädagogischen Assistenz leichter ermöglichen,
- Wohnheime für Erzieher in der Ausbildung schaffen, um durch Hamburgs Attraktivität mehr Bewerbern den Zuzug aus dem Umland zu ermöglichen.

Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen um weitere Fachkräfte für die Kitas zu gewinnen?

Antwort:

Wir Freien Demokraten wollen die Erzieherausbildung reformieren und attraktiver machen. Dies wollen wir zum Beispiel durch die Erarbeitung einer dualen Ausbildung mit angemessener Vergütung erreichen.

Die Anwerbung ausgebildeter Fachkräfte mit ausreichenden Sprachkenntnissen aus dem Ausland wollen wir, zum Beispiel durch eine Aufnahme des Erzieherberufs auf die Positivliste der Bundesagentur für Arbeit erleichtern.

Quereinsteigern soll eine praxisorientierte Ausbildung zur sozialpädagogischen Assistenz leichter ermöglicht werden und Wohnheime für Erzieher sollen in der Ausbildung geschaffen werden, um durch Hamburgs Attraktivität mehr Bewerbern den Zuzug aus dem Umland zu ermöglichen.

Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um abgewanderte Fachkräfte für den Einsatz in Kitas zurück zu gewinnen?

Antwort:

Viele Kita-Fachkräfte haben den Beruf aus idealistischen Gründen ergriffen und kehrten dieser Berufung aufgrund schlechter Bedingungen am Arbeitsplatz den Rücken.

Eine Steigerung der Attraktivität der Arbeit für Kita-Fachkräfte in den Hamburger Kitas, zum Beispiel durch eine Entlastung durch eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen führt aus Sicht der Freien Demokraten, dass diese Fachkräfte nicht für die Hamburger Kindertagesstätten verloren sind.

Wie viele Erzieher\*innen pro Jahr wollen Sie für eine Tätigkeit in Hamburg in den kommenden Jahren insgesamt qualifizieren?

Der Bedarf an Fachkräften steigt. Dennoch wollen wir Freien Demokraten keinen Zielwert diktieren.

Ziel muss sein, die Bedingungen für Fachkräfte in Hamburg so zu gestalten, dass am Ende eine hervorragende Betreuungsqualität erreicht wird.

Plant Ihre Partei, die Ausbildungskapazitäten in Hamburg auszubauen und welche Ideen gibt es um den Beruf allgemein attraktiver zu gestalten?

Antwort:

Die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler in Erzieherberufen und Sozialpädagogischer Assistenz ist seit dem Schuljahr 2014/2015 bis 2018/2019 um rund 15 Prozent von 4 684 auf 5 365 gestiegen.

Die Anzahl der zugelassenen Anfängerinnen und Anfänger in Erzieherberufen und Sozialpädagogischer Assistenz ist seit dem Schuljahr 2014/2015 bis zum Schuljahr 2018/2019 insgesamt um rund 30 Prozent von 1 930 auf 2 495 gestiegen.

Diese Ausbildungs- und Zulassungszahlen müssen auch in einer qualitativ hochwertigen Ausbildung gefestigt werden. Eine bloße Steigerung der Ausbildungskapazitäten würde den Anforderungen einer modernen und attraktiven Ausbildung zur Kita-Fachkraft nicht gerecht werden.

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie Hamburg als Arbeits- und Wohnort neuer Erzieher\*innen favorisieren, um wieder aus anderen Bundesländern mehr Zuwanderung von Fachkräften für Kita und Schule zu bekommen.

Antwort:

Wir Freien Demokraten wollen zusätzlich Wohnheime für Erzieher in der Ausbildung schaffen, um durch Hamburgs Attraktivität mehr Bewerber den Zuzug aus dem Umland zu ermöglichen. Zudem wollen wir durch die Reform der Erzieherausbildung diese attraktiver machen, zum Beispiel durch die Erarbeitung einer dualen Ausbildung mit angemessener Vergütung.

Bis auf die Einführung der Kostenfreien 5 Stunden in der Kita und der entsprechenden Streichung des gegenüberstehenden Elternbeitrages hat sich in den letzten Jahren beim Thema Elternbeiträge nichts getan, der Höchstsatz wird schnell erreicht und eine soziale Verteilung der Lasten ist schwer erkennbar. Welche Zukunft soll der Elternbeitrag haben, oder wird Kita analog zur Schule als wichtige Bildungssäule im gesamten Umfang kostenfrei?

Antwort:

Die Belastung Hamburger Eltern für die Unterbringung ihrer Kinder in Kindertageseinrichtung ist im bundesdeutschen Vergleich eher gering.

Bei der Betreuungsqualität steht Hamburg im Vergleich jedoch noch nicht dort, wo wir stehen könnten. Daher wollen wir Freie Demokraten zunächst die Qualität der Betreuung in den Hamburger Kitas und die Arbeitsbedingungen des Fachpersonals verbessern.

Jahrelang steht Hamburg, trotz Investitionen am Ende der Bertelsmann Studie für Frühkindliche Bildung und hält für die westlichen Bundesländer die rote Laterne: Mit welchen Anstrengungen soll dieser Zustand in einer Kinder und familienfreundlichen Stadt geändert werden?

Antwort:

Siehe Antwort auf Ihre Fragen 3, 4 und 5.

Welcher Fachkraft-Kind-Schlüssel soll innerhalb von 2; 3, 5 Jahren in Hamburg umgesetzt werden?

Antwort:

Die tatsächliche Betreuungssituation in den Kinderbetreuungseinrichtungen unterscheidet sich stark von den ausgegebenen Zielen. Der offizielle Krippenbetreuungsschlüssel beträgt in Hamburg 1 :4,7 (ein Erzieher auf im Schnitt 4,7 Kinder). Die Studie der Bertelsmann-Stiftung 2019 berechnete den tatsächlichen Schlüssel allerdings auf 1 :7,1, also eine um mehr als 50 % schlechtere Quote als angegeben. Diese Trickserie muss aufhören. Das bedeutet

- Fortbildungen, Krankheit, Urlaub und mittelbare Pädagogik müssen künftig vollständig im Betreuungsschlüssel abgebildet werden,
- Kräfte mit einer geringeren Qualifikation als eine Zweitkraft dürfen nicht mehr oder nur noch anteilig in den Schlüssel eingerechnet werden,
- künftig auf den verwirrenden Unterschied zwischen einem „rechnerischen“ und einem „realen“ Betreuungsschlüssel zu verzichten,
- es darf Trägern nicht mehr erlaubt werden, zeitlich unbegrenzt und ohne Angabe von Gründen sowie ohne dies zu melden, die Zielbetreuungsquote um 10 % zu unterschreiten.

Unser langfristiges Ziel der Fachkraft-Kind-Relation in der Krippe beträgt 1:4 nach den Kriterien der Bertelsmann-Studie.

Übergang Kita Schule, GBS und GTS Ausbau

Welche Maßnahmen wollen Sie umsetzen, die Kita- und Schulplanung aufeinander abzustimmen, so dass in jedem Sozialraum neben ausreichend Kitaplätzen auch genug Schulplätze in Wohnortnähe zur Verfügung stehen?

Antwort:

Die Hamburger Schulentwicklungsplanung war über die letzten Jahre von Willkür und Einzelfallentscheidungen geprägt. Der Senat hat eine nachhaltige Schulentwicklungsplanung verschlafen und weder ausreichend neue Schulen gebaut noch vorhandene Schulen ohne qualitative Einbußen hinreichend räumlich erweitert. Der aktuelle Schulentwicklungsplan bildet den Bedarf in den Bezirken nicht vollumfänglich ab.

Was im Zeitraum bis 2030 für den Schulbau geplant ist, bildet im Wesentlichen nur die aktuelle Situation ab. Zudem sind die privaten Schulen und die Förderschulen nicht einbezogen worden. Diese müssen für eine nachhaltige Schulplanung aber berücksichtigt werden. Die Schulentwicklung muss zudem in einem engen Dialog mit den Beteiligten vor Ort erfolgen, um die Anforderungen an den Schulbau realistisch zu ermitteln. Nur so können den lokalen Rahmenbedingungen entsprechende Lösungen gefunden werden. Das bedeutet selbstverständlich auch, dass hier eine enge Koordination mit den Kindertageseinrichtungen stattfindet.

Wir setzen uns für eine an dem realen Bedarf in den Bezirken ausgerichtete, nachhaltige, partizipative und transparente Schulentwicklungsplanung ein, damit alle Schüler in Zukunft einen angemessenen Platz zum erfolgreichen Lernen haben. Hamburgs Schulbau sorgt immer wieder für Spannungen mit Nachbarschaften vor Ort. Wir möchten eine bessere Einbindung der Anwohner in die Schulentwicklungsplanung und den Schulbau erreichen und für mehr Transparenz bei den Bauprojekten sorgen. Das Vertragsmanagement mit Dienstleistern muss professionalisiert werden,

ebenso wie eine professionelle Baubegleitung erforderlich ist, um Bauänderungen zu koordinieren und freizugeben. Es darf nicht sein, dass Handwerker bei Planungsmängeln am Ende auf den Kosten für zusätzliche Tätigkeiten sitzen bleiben.

Der Übergang von der Kita zur Schule ist ein wichtiger Veränderungsprozess, der positiv gestaltet werden muss. Eltern klagen über mangelnde Informationen, verspätete Entscheidungen und bemängeln fehlende Übergangskonzepte und –beauftragte, die auch wirklich aktiv sind: Was kann Politik tun, um dies besser zu unterstützen?

Antwort:

Wir Freie Demokraten wollen den Übergang von der Kita zur Grundschule qualitativ verbessern und verlässlicher gestalten. Dazu sind mit den Trägern und Leitungen der Kindertagesstätten Konzepte zu entwickeln, die das zukünftige Schulkind auf den Schuleintritt vorbereiten. Dazu gehören unterstützende Angebote zur motorischen, sozialen und geistigen Entwicklung genauso wie besondere Begabungsförderung. Darüber hinaus sollte die 4-einhalbjährigen-Untersuchung klareren Vorgaben folgen und die Vorschularbeit in den Kitas sollte besser auf die Anforderungen der Schulen abgestimmt werden.

Für immer mehr Kinder wird es zur Normalität den Großteil des Tages in der Schule zu verbringen. Die klassische Hortlösung ist schon seit vielen Jahren durch die Ganztagsbetreuung an Schulen, sei es als GTS oder GBS, abgelöst. Leider hinkt die Entwicklung des Ganztages der aktuellen Notwendigkeit hinterher, Raumnutzungskonzepte sind z.T. an der Realität vorbeigeplant und der jahrelange Stau in der Schulentwicklung führt zu immer mehr Nachverdichtungen in Schulen. Das heißt immer weniger Raum für mehr Schüler\*innen, welche länger den Ort „Schule“ nutzen. Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie auf den Weg bringen und somit für eine zeitgemäße Schulentwicklung, Raumnutzung und vor allem Ausstattung des Ganztages sorgen?

Antwort:

Wir Freie Demokraten stehen zur selbstverantworteten Schule. Sie soll weitgehend frei über den Einsatz ihrer Ressourcen in Bezug auf Organisation, Budget, Profilbildung und Personal entscheiden. Wir möchten die Freiheit der Schulen zur Entwicklung des besten Konzepts für den eigenen Schulstandort stärken, das sich an den Konzepten anderer Schulen messen lassen muss. Außerdem soll es mehr Transparenz für Eltern und Schüler geben, damit es ihnen leichter fällt, die passende Schulform und Schule auszuwählen. Es soll eine regelmäßige transparente Evaluation der einzelnen Schulen durchgeführt werden. Die Ergebnisse der Qualitätsanalyse und der Lernstandserhebungen sollen im Internet veröffentlicht werden.

Wie sieht die Zukunft der GBS/ Ganztages aus?

Antwort:

Wir wollen den Ganztags durch attraktive Konzepte und Angebote stärken. Sportvereine, Bürgervereine, Geschichtswerkstätten aber auch Freiwillige Feuerwehren oder das Technische Hilfswerk können das Ganztagsprogramm von Schulen mit ihren Angeboten gewinnbringend ergänzen und dabei ihre Anliegen und Programme jungen Menschen besser vermitteln. Wir sehen hier viel Potenzial, Schüler für gesellschaftliche Themen und sportliche Aktivitäten zu begeistern. Gemeinsam mit Schulen, Schülern, Lehrern, Vereinen und Verbänden möchten wir dieses Potenzial in Hamburg konsequent nutzen. Daher setzen wir Freie Demokraten uns für eine Verbesserung der

Zusammenarbeit mit Vereinen und Verbänden ein, um das Ganztagsangebot der Schulen zu bereichern.

Welche Entwicklungen sollen für Bildungs- und Chancengleichheit unserer Kinder sorgen?

Antwort:

Im Fokus aller schulischen Arbeit muss immer die optimale Förderung aller Schüler, der lernschwachen und der lernstarken, stehen. Wir wollen eine weitaus individuellere Förderung der Schüler ermöglichen, sei es durch differenzierte Angebote in Lerngruppen, besseren Nachhilfeunterricht oder die Möglichkeit freiwilliger Klassenwiederholungen. Für uns steht fest: Jeder Schüler ist einzigartig und hat große Potenziale. Wir müssen diese nur wecken.

Die Kernkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen sind die Grundlage eines gelingenden Bildungsweges. Auf diesen Kernkompetenzen fußen soziale Teilhabe und Erfolg in Ausbildung, Studium und Beruf. Die Stärkung dieser Kernkompetenzen ist eine Frage der Bildungsgerechtigkeit und wir setzen uns weiterhin dafür ein.

Nicht alle Kinder und Jugendliche entwickeln sich mit gleicher Geschwindigkeit. Deshalb ist es von zentraler Bedeutung, dass sie jeweils die Schulform besuchen, die für ihre Bedürfnisse die besten Bildungsangebote vorweist. Die Wahl einer weiterführenden Schule soll durch unverbindliche Selbsttests und Empfehlungen durch Lehrer vereinfacht werden, zudem soll der Wechsel zwischen den Schulformen Gymnasium und Stadtteilschule an geeigneten Zeitpunkten in beide Richtungen vereinfacht werden. Dafür bedarf es besser abgestimmter Lehrpläne und einer unbürokratischen Wechselhilfe. Damit soll ebenso ein unbürokratischer Wechsel von Schülern aus anderen Bundesländern oder aus dem Ausland in das Hamburger Schulsystem ermöglicht werden.

Mit Blick auf die Inklusion: Welche Ideen haben Sie zur Verbesserung der Fördermöglichkeiten der Kinder bei erhöhtem Bedarf auch in GBS/GTS – Vor- und Nachmittag? (derzeitige Situation: Förderung am Vormittag (und somit besserer „Personalschlüssel“), aber nicht automatisch auch am Nachmittag).

Antwort:

Der Ganzttag muss selbstverständlich personell so aufgestellt sein, dass auch am Nachmittag Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten für Kinder mit erhöhtem Bedarf gegeben sind. Wie diese am besten dargestellt werden können, muss im Zusammenspiel mit den Schulen evaluiert werden.

Sozialraumentwicklung

Wie soll der Sozialraum mit seinen Angeboten mit Schule und Kindertagesstätten zusammenfinden, ohne in gegenseitige Konkurrenz treten zu müssen?

Antwort:

Wir setzen uns auch hier für die verbesserte Abstimmung der Angebote und die kontinuierliche Kommunikation und Zusammenarbeit der Beteiligten, vor allem auch mit Sportvereinen, Kulturinstitutionen und freien Trägern ein (siehe oben).

Wie soll künftige Förderung von Projekten aussehen?

Antwort:

Wir Liberale stehen für eine eigenständige Jugendpolitik. Wir setzen auf eine starke Jugendhilfe und eine starke Jugendarbeit, insbesondere durch starke Jugendverbände, die jungen Menschen Chancen auf Teilhabe eröffnet und ihre Potentiale fördert und ausbaut.

Die FDP steht aber auch für eine verantwortungsvolle Haushalts- und Finanzpolitik ohne neue Schulden, um Handlungsspielräume jetziger und künftiger Generationen zu sichern.

Anpassungen der Höhe der Jugendverbandsförderungen müssen daher stets mit Augenmaß erfolgen. Durch das Bevölkerungswachstum ist auch die Anzahl der Kinder und Jugendlichen in Hamburg in den letzten Jahren gestiegen. Eine Anpassung der Förderung hat daher grundsätzlich eine Diskussionsgrundlage. Wichtig ist uns aber auch, die Förderkriterien für Jugendverbände klarer zu fassen und transparenter zu machen. Gegebenenfalls wäre dies ein sinnvoller erster Schritt.

Wie kann es gelingen den Sozialraum mit seinen vielfältigen Angeboten auch für Kinder in Kindertagesstätten und Ganztagsbetreuung erlebbar zu machen?

Antwort:

Siehe die Frage zu GBS / GTS. Grundsätzlich würden wir es begrüßen, wenn Ganztagsaktivitäten auch die lokal vorhandenen Ressourcen, Angebote und Besonderheiten einbinden.

Verkehr

Nachverdichtung, Stadtentwicklung, stätige Nachfrage an Mobilität führen zu steigendem Verkehr und weniger Freiraum im Umfeld für Kinder. Zugeparkte Übergänge, uneinsichtige Verkehrsräume und fehlende Geschwindigkeitsbegrenzungen hindern Kinder den täglichen Weg zur Schule allein zu gehen und damit fit für die Zukunft zu werden. Wie soll in Wohngebieten die Sicherheit im Straßenverkehr so erhöht werden, dass Eltern ihre Kinder mit gutem Gewissen alleine einen Großteil der täglichen Mobilität bewältigen lassen?

Antwort:

Eltern müssen sicher sein können, dass ihre Kinder – nach entsprechender Verkehrserziehung durch Schule und Elternhaus - mit gutem Gewissen alleine die Wege zu Schule, Sport und Freizeit bewältigen können. Der selbst zurückgelegte Weg zur Schule stärkt Kinder in der Entwicklung zu eigenständigen Individuen. Eben deshalb benötigen wir eine verstärkte Beseitigung von Gefahr- und Risikostellen im Umkreis von Schulen, die Förderung von Maßnahmen zur Verkehrserziehung für Kinder und Eltern (z.B. mit dem "Laufbus") und die verstärkte Bekämpfung von verkehrsfährdendem Parken im Umfeld von Schulen.

An Gefahrenpunkten oder vor sozialen Einrichtungen wollen wir Tempo 30 Abschnitte einrichten. Pauschalforderungen wie flächendeckendes Tempo 30 lehnen wir jedoch ab. Denn der Verkehrsfluss in Hauptstraßen muss gewährleistet sein. Umso wichtiger ist es, dass es sichere Rad- und Gehwege, übersichtliche Kreuzungen (z.B. „holländische Kreuzungen“) und Fahrbahnquerungen gibt. Wir wollen verstärkt dafür sorgen, dass nicht nur Velorouten, sondern die Radwege in der Fläche baulich getrennt von Fußwegen und Straßen geführt werden. Wo dies nicht möglich ist, wollen wir die Routen oder parallel zu Hauptstraßen in Nebenstraßen als Fahrrad- und Anwohnerstraßen ausgestalten.

Zu wann wollen Sie die Verwaltungsvorschrift, dass „sobald ein Bus häufiger als 6 Mal pro Fahrtrichtung und Stunde fährt, Tempo 30 nicht umgesetzt werden kann“ abschaffen?

Antwort:

Busse fahren in der Regel in wichtigen Bezirksstraßen oder Hauptstraßen („strategisches Straßennetz“) und nicht in Nebenstraßen. Deswegen halten wir es für sinnvoll, dass in Straßen, in

denen Busse in engeren Takten verkehren, keine Tempo 30 Zonen eingerichtet werden, damit der Verkehrsfluss für den ÖPNV weiter gewährleistet bleibt. Sichere Querungen können auch durch bauliche Maßnahmen, Ampeln und Fußgängerüberwege ermöglicht werden. Sinnvoll wäre jedoch, dass es – nach Prüfung durch die Polizei als untere Verkehrsbehörde – künftig ermöglicht wird, Tempo-30-Strecken vor sozialen Einrichtungen einzurichten, wenn es die Situation erfordert.

Wie stellen Sie sich die Verbesserung der Verkehrssicherheit von allen Fußgängerüberwegen der Tempo 30 Strecken und Tempo 30 Zonen vor, dass diese in keinem Fall mehr zugesperrt werden können?

Antwort:

Die geltenden Verkehrsregeln müssen eingehalten und durchgesetzt werden. Deswegen muss es eine konsequente 24/7 Verkehrsüberwachung geben, die gerade verkehrsbehinderndes oder gefährdendes Parken konsequent ahndet und entsprechende Fahrzeuge zügig abschleppt.

Deswegen wollen wir ermöglichen, dass künftig bei solchen Situationen auch die Mitarbeiter des Landesbetriebs Verkehr (LBV) vor Ort das Abschleppen anordnen können, ohne dass die Polizei vor Ort sein muss. Das kann entweder durch die Ausweitung der Kompetenzen der LBV erfolgen oder indem über eine telefonische oder digitale Abfrage bei der Polizei der Abschleppvorgang beschleunigt wird.

Wie sehen Sie Zebrastreifen als Möglichkeit zur Verbesserung der Fußgängerüberwege und wie setzen Sie sich dafür ein, dass diese auf Tempo 30 Strecken und in Tempo 30 Zonen ermöglicht werden?

Antwort:

Tempo 30 Strecken brauchen aufgrund der Verkehrsberuhigung in der Regel keine separaten Fußgängerüberwege. Wir halten es jedoch für sinnvoll, dass es in Ausnahmefällen wie z.B. besonders befahrenen Tempo 30 Zonen, weiter möglich ist, Fußgängerüberwege einzurichten.

Einige Kitas scheinen Probleme mit der Umsetzung der Tempo-30-Limits zu haben. U. a. wird das folgende Problem geschildert:

Es wurden Fahrradstraßen eingerichtet, die für viele Autofahrer als solche schwer erkennbar sind. Scheinbar wissen diese nicht, wie man sich auf einer Fahrradstraße zu verhalten hat, insbesondere dass dort ein Tempolimit von 30 gilt. Das zusätzliche Anbringen eines Tempo30-Schildes ist nicht gestattet. Die Bezirksämter und die Polizeikommissariate neigen dazu, Zebrastreifen zu entfernen, da diese grundsätzlich nicht in Tempo-30-Zonen und auf Fahrradstraßen eingerichtet werden sollen. All dies zusammen genommen führt zwar rechtlich zu einer Verbesserung der Situation, faktisch aber zu einer deutlichen Verschlechterung. Was erwägen Sie hier zu unternehmen?

Antwort:

Die rechtliche Situation in Fahrradstraßen ist, weil sie noch nicht sehr verbreitet sind, leider vielfach noch nicht hinreichend bei den Verkehrsteilnehmern bekannt. Die Regeln müssten durch entsprechende Informationskampagnen bekanntgemacht werden. Unklare Verkehrssituationen an bestimmten Stellen lassen sich nicht durch eine pauschale Regeländerung verbessern, sondern benötigen meist einer an die Situation vor Ort angepasste Lösung. Das kann sowohl eine bauliche Veränderung sein, Öffentlichkeitsarbeit, verstärkte Verkehrskontrollen, Geschwindigkeits- oder nichtamtliche Hinweisschilder.



Allgemein

Welche konkreten Maßnahmen halten Sie für notwendig, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Hamburger Eltern zu verbessern?

Antwort:

Flexible Arbeitszeiten und eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung sind die entscheidenden Faktoren für Familien. Eltern müssen die Gewissheit haben, dass ihr Kind während ihrer Arbeitszeit sicher betreut wird. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken, ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir wollen es daher Unternehmen aller Größen erleichtern, Betriebskittas aufzubauen und betriebsübergreifende Einrichtungen unterstützen.

Die Arbeitswelt verändert sich durch Digitalisierung, Globalisierung und den demografischen Wandel. In vielen Berufen wird es leichter, Arbeitszeit und Ort, ob im Büro, im Homeoffice oder von unterwegs in Telearbeit, selbst zu wählen und damit die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie, Hobbys oder Ehrenamt freier zu gestalten. Die Möglichkeiten zu flexiblen Wechseln zwischen verschiedenen Arbeitgebern, sowie Anstellung, Selbständigkeit und Unternehmertum werden sich mehren. Digitale Arbeitswelten eröffnen Menschen also mehr Auswahl, wie, wo, wann und was sie arbeiten wollen. Wir wollen diese Veränderungen nutzen, um dem einzelnen Menschen mehr Selbstbestimmung zu ermöglichen und deshalb politisch die richtigen Rahmenbedingungen setzen.

Wir wollen mehr Chancen für Homeoffices, mobiles Arbeiten sowie Vertrauensarbeitszeit eröffnen. Denn geleistete Arbeit bemisst sich meist nicht an der Anzahl der am Arbeitsplatz abgesehenen Stunden. Daher wollen wir das Arbeitszeitgesetz modernisieren und die bisherige tägliche Höchstarbeitszeit von acht bzw. zehn Stunden sowie die elfstündige Ruhezeit zu einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit von 48 Stunden weiterentwickeln, wie es auch die europäische Arbeitszeitrichtlinie vorsieht. Gesetzliche Regelungen und faktische Hürden für Homeoffice und mobiles Arbeiten, etwa durch veraltete Vorschriften der Arbeitsstättenverordnung, wollen wir abschaffen. Wir erkennen an, dass viele Menschen Sorge davor haben, „rund um die Uhr“ erreichbar sein zu müssen. Daher setzen wir uns für einen fairen Ausgleich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein.

Im ständigen Ringen um die besten Köpfe in unserem Land muss die Verwaltung als Arbeitgeber attraktiver werden. Ein wichtiger Vorteil der Verwaltung ist die gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Durch behörden- und arbeitsplatznahe Kinderbetreuungsangebote, Ausbau von mobiler Arbeit und Home-Office wollen wir die Behörden noch familienfreundlicher machen. Führungspositionen sollen nach Möglichkeit so gestaltet werden, dass diese auch in Teilzeit wahrgenommen werden können. Um bestehende Defizite in den Hamburger Behörden anzugehen, streben wir Freie Demokraten eine (Re)auditierung „Beruf und Familie“ aller Hamburger Behörden an.